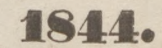


№ 9.



1844.



Zei=tung des Großherzogthums Posen.

Im Verlage der Hof=Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Donnerstag den 11. Januar.

Inland.

Berlin den 9. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem hiesigen praktischen Arzte Dr. Rosenstiel und dem Hof-Medikus Dr. Rummel zu Charlottenburg den Charakter als Sanitäts=Rath zu verleihen.

Berlin, den 8. Januar

Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg=Schwerin, ist nach Dresden abgereist.

Berlin den 8. Januar. Der Landtags=Abschied für die zum siebenten Provinzial=Landtage versammelt gewesenen Stände des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafthums Ober=Lausitz enthält nachstehende interessante Bescheide: Auf den Antrag um Vorlegung des Ehescheidungs=Gesetzes an den Provinzial=Landtag: „Auf die von Unseren getreuen Ständen vorgetragene Bitte, das in der Berathung begriffene Gesetz über die Ehescheidungen dem Provinzial=Landtage zur Begutachtung vorlegen zu lassen, verweisen Wir dieselben auf die bereits mit Unserer Genehmigung dem Landtags=Marschall gemachte Eröffnung, daß die Absicht feststehe, die ständische Begutachtung des Gesetzes eintreten zu lassen, sofern dasselbe überhaupt noch Bestimmungen enthalten sollte, rücksichtlich deren verfassungsmäßig das Gutachten der Stände einzuholen ist.“ — Beschränkung des leichtsinnigen Eingehens von Ehen: „Obgleich leichtsinnig eingegangene Ehen aus den von Unseren getreuen Ständen hervorgehobenen Gründen als ein großes Uebel anerkannt werden müssen, so tragen Wir dennoch Bedenken, denselben durch direkte Beschränkungen, welche von Unseren getreuen Ständen auch nicht beantragt worden, entgegenzuwirken. Eine heilsame Gegenwirkung gegen jenen Leichtsinn ist aber von denjenigen die Ehe betreffenden Bestimmungen zu hoffen, deren Berathung von Uns angeordnet und noch im Gange ist. Ernste und würdige Behandlung der Ehesachen, und insbesondere eine richtige Behandlung der Ehescheidungen sind geeignete Mittel, das allgemeine Bewußtseyn der hohen Würde und der Heiligkeit der Ehe herzustellen und zu befestigen, und dadurch von leichtsinniger Eingehung der Ehe zurückzuhalten. Außerdem haben Wir, dem Antrage Unserer getreuen Stände gemäß, eine legislative Berathung der Frage befohlen, ob im Interesse der guten Sitte und der Ehen die auf unehelichen Geschlechts=Umgang gegründeten Ansprüche unzüchtiger Weibspersonen und unehelicher Kinder zu beschränken sind, und behalten Uns, nach Maßgabe des Ausfalls dieser Berathungen, auf die Anträge Unserer getreuen Stände, deren Tendenz Uns wohlgefällig gewesen ist, die weitere Entschließung vor.“ — Ermäßigung des Brief=Portos: „Modifikationen des Porto=Regulativs vom 28. Decbr. 1824, durch welche die Anträge Unserer getreuen Stände auf Ermäßigung des Brief=Porto Berücksichtigung finden werden, sind in der Berathung begriffen. Unsere Entschließung ist darüber zu gewärtigen. Der Frankirungszwang für Briefe nach und aus einigen fremden Staaten, welchen Unsere getreuen Stände als erschwerend für den Verkehr bezeichnen, wird durch Vereinbarungen mit den betreffenden fremden Regierungen so weit als möglich beseitigt werden. Was die beantragte Feststellung einer in allen Deutschen

Staaten die Portofreiheit bedingenden Rubrik betrifft, so müssen Wir Unseren getreuen Ständen bemerklich machen, daß wenn hiermit der Antrag ausgedrückt werden soll, amtliche, zur Portofreiheit geeignete Korrespondenz zwischen Unseren und anderen Deutschen Staatsbehörden gegenseitig ohne Portozahlung zu befördern, deshalb bereits sachgemäße Einrichtungen bestehen. Von dieser Portofreiheit sind auch die Angelegenheiten armer, zur Portozahlung unfähiger Parteien, so weit ihre Angelegenheiten von den Behörden betrieben werden, nicht ausgeschlossen". — Baldige Emanirung des Gewerbe-Polizei-Gesetzes: Es sind die nöthigen Anordnungen getroffen, daß das in der Berathung begriffene Gewerbe-Polizei-Gesetz — den Wünschen Unserer getreuen Stände entsprechend — bald erscheinen wird."

Berlin den 9. Januar. Die heute ausgegebene Nummer der Allg. Preuß. Ztg. enthält den Landtags-Abschied für die zum siebenten Provinzial-Landtage versammelt gewesenen Stände der Rhein-Provinz, welchem eine ausführliche Denkschrift von den Justizministern Mühler und von Savigny, betreffend den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs, beigefügt ist.

Posen. — (Eingesandt.) — Der Federkrieg scheint sich auch bei uns einheimisch machen zu wollen, wozu die Einkommensteuer Veranlassung gegeben hat. Es mag aber noch so viel darüber geschrieben und geschrieen werden, das Uebel der Nothwendigkeit ist nun einmal da; die Kommunal-Lasten nehmen mit der Vergrößerung der Einwohnerzahl von Jahr zu Jahr zu *) und die Revenüen der Stadt mit jedem Jahre immer mehr ab. Früher hatte die Kämmereikasse von dem Brückenzoll und von dem Grätzerbierschank-Privilegium eine jährl. Einnahme von circa 8000 bis 9000 Rthlr.; beide sind aufgehoben. An die Stelle des erstern trat das Pflastergeld; sobald aber die Chaussee bis Schwersenz fertig seyn wird — sie wird noch in diesem Jahre befahren werden — so hört auch dieser auf, und die Kommune büßt hierbei circa 8000 Rthlr. jährlich ein. Zu dem allgemeinen Provinzial-Chausseebau muß Posen von 1844 ab, durch 15 Jahre, jährlich 3500 Rtlr., mithin für diesen Zeitraum 52,500 Rthlr. beitragen! Ist es da wohl ein Wunder, wenn die Mittel der Stadt nicht mehr ausreichend sind? Und worin bestehen diese Mittel? In Kommunal-Vermögen? Nein, die Kommune hat kein Vermögen; — ihre Mittel bestehen hauptsächlich in dem Antheil des Mahl- und Schlachtsteuer-Zuschlags; das übrige Einkommen ist höchst unbedeutend, und so ist es wohl ganz natürlich, daß das Deficit durch eine direkte Besteuerung der Einwohner gedeckt werden muß. Es kann hierbei weder den Magistrat, noch die Stadtverordneten ein Vorwurf treffen; die Umstände gebieten eine solche Maßregel.

Wenn nun aber einmal eine direkte Besteuerung eintreten mußte — in anderen größeren Städten *) besteht sie schon längst — so muß von Seite der städtischen Behörde Sorge dafür getragen werden, daß solche für die nächste **) Zukunft nicht erhöht zu werden braucht. Dies kann nur durch eine sparsame Verwaltung und durch neue Neben-Revenüen erreicht werden. Warum führt man nicht eine Hundesteuer ein? Es sind gewiß an 2000 (?) solcher Bestien in der Stadt, und eine Abgabe von 2 Rthlr. würde der Kämmereikasse jährlich einige Tausend Thaler einbringen.

Mit dem Aufhören des Pflasterzolles hat die Kommune unbestreitbar das Recht, den zu Markt kommenden Marktfuhren ein Standgeld aufzuerlegen, um durch dasselbe den Ausfall des Pflasterzolles zu decken. — Mit der Sparkasse könnte ferner füglich eine Leih-Anstalt verbunden werden, wobei gewiß ein nicht unbedeutender Gewinn übrig bliebe. — Die Straßenreinigung kostet jetzt an 3000 Rthlr. jährlich; bei eigenen Kämmerei-Pferden dürfte sie kaum die Hälfte kosten, da die Arbeitskräfte in unserm Arbeitshause nicht fehlen; sodann könnten diese

---

*) Eine hingestellte Behauptung, für die der Herr Einsender den Beweis schuldig bleibt. Wenn die Lasten mit der wachsenden Bevölkerung, die doch immer ein Zeichen von Blüthe und Wohlstand ist, zunehmen müssen, so würde man nach des Einsenders Logik, umgekehrt zu schließen berechtigt seyn, daß mit abnehmender Bevölkerung, also mit dem Verfall der Stadt, die Lasten sich vermindern müßten! Wahrscheinlich aber würde man — wenn je ein solcher Fall eintreten sollte — darin mit Recht wieder einen Grund für die Vermehrung der Lasten finden. Also: wenn die Bevölkerung zunimmt, so müssen die Lasten wachsen, und wenn die Bevölkerung abnimmt, so müssen die Lasten auch wachsen! — Wir müssen dem Herrn Einsender erwidern, daß die Bevölkerungszunahme einer Stadt allemal ein Zeichen von steigender Betriebsamkeit in derselben ist; denn wo die Gelegenheit zum Erwerbe fehlt, da ziehn sich die Menschen nicht hin. Die Bevölkerung wächst aber auf doppelte Art: einmal durch Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle (welches Wachsthum jedoch nicht sehr bedeutend ist), und dann durch Einwanderung von Außen. Durch letztere kann der Pauperismus in einer Stadt allerdings zunehmen, wenn nicht sorgfältig darüber gewacht wird, daß Niemand einwandert, dem die nöthige Arbeitskraft — das Kapital des geringen Mannes — gebricht. Die Hauptaufgabe der Verwaltungs-Behörde einer Kommune besteht nicht darin, den administrativen Mechanismus im Gange zu halten, sondern darin: durch Abwehr aller dem Ganzen feindlichen Potenzen, so wie durch neue zeitgemäße Schöpfungen, das Wohl der Kommune zu sichern und zu fördern. Anm. d. R.

*) Doch nur in einigen!

**) Also später doch!

Pferde auch zum Leichentransport gebraucht werden u. s. w.

Je mehr die Herren Stadtverordneten in den Geist der Verwaltung eindringen, desto größere Ersparnisse und Hülfsquellen werden sich herausstellen, ohne dabei das Publikum irgend zu belästigen.

Während wir von Ersparnissen ꝛc. bei der Kämmerei-Verwaltung sprechen, lenken wir die Aufmerksamkeit der Stadtverordneten-Versammlung auf einen schon vielfach in dieser Zeitung besprochenen Gegenstand, nämlich auf den Feuer-Societäts-Verband. Derselbe berührt zu große Interessen, als daß er nicht von den Vertretern der Stadt nach seiner ganzen Wichtigkeit gewürdigt werden müßte. Wiederum fordert der Provinzial-Verband 50 $\frac{0}{0}$ Zuschuß-Beiträge und so verstreicht ein Semester nach dem andern unter gleichen Opfern der Bürgerschaft. Nach frühern Nachrichten sollte die Sache bei der Staats-Regierung und selbst bis zum Thron verfolgt werden, doch ist bis heute nichts geschehen, wenigstens nichts darüber bekannt geworden. Ist denn diese Sache so geringfügig, daß die Stadtverordneten darüber hinwegsehen dürfen? Ist es nicht vielmehr ihre Pflicht, die Stadt und Bürgerschaft von einem Verbande loszureißen, welcher deren beste Kräfte verschlingt? Soll noch eine halbe Mill. Thlr. geopfert werden? Die Herren Stadtverordneten sezzen sich einem allgemeinen Vorwurf aus, wenn sie nicht verrint mit dem Magistrat ohne allen Aufschub geeignete Schritte thun werden. — r.

Berlin den 8. Januar. (Privatmitth.) Eine für alle Provinzen unseres Staates wichtige Nachricht ist, daß in diesem Jahre eine allgemeine Gewerbeausstellung, wozu aus dem gesammten Preußischen Staate Proben eingeschickt werden können, hier in Berlin stattfinden soll. Als Ort der Ausstellung sind die Säle der hiesigen Akademie der Künste bestimmt. Leider ist nur zu bedauern, daß, wie man hört, wegen dieser Gewerbe-Ausstellung die Kunst-Ausstellung in diesem Jahre ausfallen soll. Für unsere Akademie der Künste, so wie auch für die einzelnen Künstler würde dieses ein sehr empfindlicher Verlust sein. Unsere Akademie der Künste würde dadurch in diesem Jahre einen Ausfall von 13—14,000 Thalern erleiden, da bekanntlich durch die Eintrittsgelder zur Kunstausstellung diese Summe erschwungen wird. Die Künstler hegen deshalb das Vertrauen zu Sr. Maj. dem König, daß eine solche Einrichtung getroffen werde, daß ihnen durch die Gewerbausstellung, deren Wichtigkeit sie wohl zu erkennen wissen, kein Nachtheil erwachse. Da unsere Hauptstadt so manche andere große Räume, die sich für die Gewerbausstellung eignen, besitzt, so würde sich leicht ein Ausweg finden lassen, daß kein Stand auf Kosten eines anderen, minder begüterten Standes begünstigt werde, was auch keinesweges in der Absicht der betreffenden Behörde liegen kann. Sollte die Gewerbeausstellung nicht etwa in einem der hiesigen großen Exercierhäuser statthaben können? Hoffentlich werden die Wünsche der Künstler in dieser Hinsicht höhern Ortes nicht unberücksichtigt gelassen werden, damit eines Theiles die Künstler keinen Schaden erleiden und anderen Theiles das Publikum den Genuß einer großartigen Kunstausstellung in diesem Jahre nicht zu entbehren habe. — Die Vorbereitungen zu den Hoffesten in dem hiesigen Königlichen Schlosse werden bereits getroffen. Wie man erfährt, wird in diesem Jahre der „gestiefelte Kater" von Ludwig Tieck die Grundlage des Maskenfestes bilden. — Dem Vernehmen nach werden die Satzungen des Schwanenordens, mit deren Ausarbeitung Herr v. Stillfried beauftragt sein soll, bei Gelegenheit des allgemeinen Ordensfestes am 21. Januar veröffentlicht werden. — Das großartige Kroll'sche Vergnügungs-Lokal vor dem hiesigen Brandenburger Thore wird gegen Ende dieses Monats eröffnet werden. Großartigere öffentliche Orte der Art dürfte es in Europa wohl wenige geben. Drei durchlaufende Säle in demselben haben zusammen eine Länge von 300 Fuß. Der ungeheure Gaskessel zur Beleuchtung dieses so geräumigen Lokals, dessen auf Walzen bewerkstelligte Beförderung durch die Straßen unserer Stadt mehrere Tage in Anspruch nahm, wurde überall von dem sich versammelnden Volke angestaunt. — Die hier lebende Dr. Dethier, ein Rheinländer, hat von unserer Regierung die Erlaubniß zur Gründung einer Zeitung für Eisenbahnwesen und Handel erhalten. Im kommenden Monate wird diese Zeitung bereits hier erscheinen. Nächstens hoffen wir Näheres über die Aufgabe, welche sich diese jedenfalls freudig zu begrüßende Zeitung gestellt hat, mittheilen zu können. — Es ist erfreulich, daß auch von unserm Kultusministerium Schritte gegen den übermäßigen Genuß des Branntweins geschehen sind. Die Geistlichen sind aufgefordert worden, in ihren Gemeinden dem verderblichen Branntweintrinken, das hier in Berlin fortfährt, die beklagenswerthesten Folgen zu äußern, mit allen Kräften entgegenzuwirken. Wenn irgendwo ein Pater Matthew Noth thäte, so ist es in unserer Hauptstadt, die gleichsam als eine der stärksten Schanzen des zu bekämpfenden Feindes gelten kann. Hoffentlich wird dem gefährlichen Uebel aber auch hier, wie in andern Deutschen Städten, beizukommen sein. Von Deutschen Geistlichen dürfte Kaplan Seling in Osnabrück in dieser Hinsicht am Meisten gewirkt haben, weil er das Volk kennt und ihm nicht jedes Vergnügen und jeden anständigen Genuß als unvereinbar mit der Religion darstellt. Pietistische Ansichten verfehlen auf das Volk meistens alle Wirkung.

Berlin den 6. Jan. Das heute ausgegebene Militair-Wochenblatt enthält folgende Allerhöchste Kabinets-Ordre an das Kriegs-Ministerium:

„Zur Beseitigung der Verschiedenheiten, welche in der Anwendung der, die Dienstleistung der beurlaubten Landwehr-Offiziere bei der Linie betreffenden Ordres vom 29. Januar 1821 und vom 28. April 1831 wahrgenommen worden sind, bestimme Ich hierdurch Folgendes:

1) Ein jeder Landwehr- (Infanterie- oder Kavallerie-) Offizier, welcher als solcher noch keine Landwehr-Uebung mitgemacht hat, wird zu einer vier- bis sechswöchentlichen Uebung bei dem Divisionsstabe oder einem Truppentheile einberufen. Im ersteren Falle wird in Bezug auf seine Ausbildung nach Vorschrift der Ordre vom 28. April 1831 verfahren; im letzteren ist ein Stabs-Offizier des Truppentheils speziell mit der theoretischen und praktischen Ausbildung der auf diese Weise einberufenen Offiziere zu beauftragen. In beiden Fällen erhalten die einberufenen Offiziere freie Post zur Hin- und Rückreise, die Diäten, welche extraordinair zu liquidiren sind, und, insofern sie zur Kavallerie gehören, während der Uebungszeit selbst eine Ration. Die Zahl dieser Landwehr- (Infanterie- oder Kavallerie-) Offiziere darf in keinem Jahre vier für jedes Bataillon übersteigen, wobei sich jedoch die Bataillone einer Brigade übertragen können.

Es muß der Auswahl der einzuberufenden Offiziere von dem Landwehr-Brigade-Commandeur besondere Aufmerksamkeit gewidmet, auch die für den Zweck in jeder Beziehung geeigneteste Zeit gewählt werden. Die Heranziehung der Landwehr-Offiziere zu wiederholten Uebungen dieser Art ist nicht gestattet.

2) Aelteren Landwehr-Offizieren kann nur ausnahmsweise auf ihren eigenen Wunsch und besonderen Antrag, wenn solcher sich z. B. auf ihre Befähigung zur Beförderung bezieht, nachgegeben werden, daß sie zu einer einmaligen vierwöchentlichen Uebung bei den Linientruppen eintreten. Sie erhalten alsdann die Diäten, und wenn sie zur Landwehr-Kavallerie gehören und zwei Pferde mitbringen, auch zwei Rationen; beides aus dem Uebungs-Etat des Bataillons. Die Reisekosten für die weitere Entfernung, als zum Stabsquartier des Bataillons, können ihnen durch das Militair-Oekonomie-Departement gewährt werden. Ihre Zahl darf jährlich nicht mehr betragen, als 2 Landwehr-Infanterie-Offiziere und 1 Kavallerie- oder Artillerie-Offiziere pro Bataillon. Eine Uebertragung der Bataillone findet hierbei nicht statt. Zur Vermeidung extraordinairer Ausgaben dürfen in Stelle solcher zur Linie kommandirten Landwehr-Offiziere, Offiziere der Linie zu der Uebung der Landwehr-Bataillone nicht kommandirt werden.

Das Kriegs-Ministerium hat danach die weitere Verfügung zu treffen.

Charlottenburg, den 14. December 1843.

(gez.) Friedrich Wilhelm."

Koblenz den 4. Januar. (Rh.- u. M.-Z.) Allgemein hält man jetzt hier die Zusammenkunft unseres Königs mit der Königin Victoria und dem Könige Leopold der Belgier im künftigen Sommer oder Frühjahre in hiesiger Stadt für eine ausgemachte Sache. (Von Berlin ging uns kürzlich aus achtbarer Quelle die Nachricht zu, daß man dort von einer solchen Zusammenkunft nichts wisse.)

Ausland.

Deutschland.

Aus dem Herzogthum Nassau den 1. Jan. (F. J.) Auf Verordnung der Herzoglich Nassauischen Landesregierung ist eine neue Liturgie bei dem öffentlichen Gottesdienste der evangelisch-christlichen Kirche in dem Herzogthum Nassau herausgegeben und mit dem heutigen Neujahrstage in allen evangelischen Kirchen eingeführt worden.

Schwäbisch-Hall den 1. Januar. Eine ebenso unnatürliche als schauderhafte Grausamkeit empört seit einigen Tagen die Gemüther in unserer sonst so ruhigen Stadt. Der hiesige Messerschmied Wurm, der im Begriff stand, zur dritten Ehe zu schreiten, und in seiner einzigen 17jährigen Tochter aus erster Ehe, deren mütterliches Vermögen er verwaltete, ein Hinderniß erblickt zu haben scheint, führte den gräßlichen Entschluß aus, das Mädchen in eine Art von „engem kurzen Kasten" zu sperren und diesen im sogenannten Spänekämmerchen versteckt zu halten. In diesem schauerlichen Kerker befand sich das unglückliche Geschöpf seit vier Wochen in dem Zustande eines Lebendigbegrabenen und erhielt täglich von ihrem unmenschlichen Vater zwei bis drei Kartoffeln zur Nahrung, welche schmale Kost allerdings zur Erhaltung ihres Daseins mehr beitrug als der Rabenvater beabsichtigt haben mochte, da sie in diesem engen Gefängnisse bei einer nahrhaftern Kost unfehlbar das Leben eingebüßt haben würde. Endlich im Laufe der vorigen Woche faßten die Nachbarn Verdacht und die Behörde schritt ein. Man zog die Unglückliche, im wörtlichen Sinne, aus dem Unrath hervor, von Fäulniß und Ungeziefer angefressen, völlig zusammengekrümmt und unfähig, sich wieder aufzurichten. Wurm, so wie dessen Verlobte, wurden sofort verhaftet, und im ersten Verhör über seine schändliche That zur Rede gestellt, erklärte er im Tone und in der Sprache der sogenannten „Frommen" (Pietisten), denen er sich beizählt: „Wenn er unrecht gehandelt habe, so werde ihn Gott schon in der künftigen Welt bestrafen; die Sache gehe daher keine weltliche Behörde was an."

In gleichem Sinne äußerte er, vielleicht in der Absicht, für wahnsinnig gehalten zu werden, noch ferner: „Es geht Euch nichts an; vor dem ewigen Gerichte werde ich schon wissen, mich zu verantworten!“ — Als physiologische Merkwürdigkeit habe noch hinzuzufügen, daß die Wurm'sche Tochter in ihrer vierwöchentlichen Abgeschiedenheit die Sprache gänzlich verloren oder verlernt hat (?!) — wenigstens hat sie seit ihrer Befreiung bis zur Stunde noch keine artikulirten Worte zu vernehmen gegeben.

Aus dem Mecklenburgischen, Anfangs Januar. (Achn. Ztg.) Die Regierung und die an der Preußischen Grenze wohnenden Mitglieder der Ritterschaft sind geneigt zum Anschluß an den Zoll-Verein, die Mehrzahl der Ritterschaft und die Landschaft sind gegen den Anschluß. Der Handelsvertrag mit England, auf den die Stände, unter heftigem Widerspruch des einen Theils der Ritterschaft, angetragen, und hinsichts der Kosten ständische Beihülfe angeboten haben, ist eine ganz erfolg-, zweck- und nutzlose Demonstration gegen den Zoll-Verein. Das Anerbieten der Stände, zu den Kosten, die ein solcher Handelsvertrag verursachen würde, beizutragen, ist von der Regierung angenommen und verheißen, daß Serenissimus sich bei günstiger Gelegenheit des ständischen Wunsches erinnern werde.

Frankreich.

Paris den 4. Jan. Bei der vorgestrigen Ernennung der Kommissarien für die Entwerfung der Adresse in den neun Büreaus der Deputirten-Kammer hat sich die conservative Majorität noch entschiedener herausgestellt, als bei der Organisirung der Bureaus. Unter 9 Kommissarien zählt die konservative Partei 7 und die Opposition nur 2.

Im Hotel Courcelles werden die Anstalten zur Abreise wieder mit der größten Thätigkeit betrieben.

Die Gazette de France versichert, daß der Herzog von Richelieu in der Pairs-Kammer aufgefordert werden würde, sich über seine Reise zu dem Herzog von Bordeaux zu erklären, und daß die Herren Jacqueminot und Liadieres denselben Gegenstand in der Deputirten-Kammer zur Sprache bringen würden.

Man spricht auch davon, daß mehrere Offiziere, welche den Herzog von Bordeaux in London besucht, vor Gericht gestellt werden sollen, unter der Beschuldigung, einen Artikel des Gesetzes verletzt zu haben, welcher den Militairpersonen verbietet, sich ohne besondere Erlaubniß aus dem Lande zu entfernen. Dies würde den Verlust ihres Grades nach sich ziehen.

Aus Oran schreibt man für gewiß, Abd el Kader zeige sich geneigt, mit der Französischen Regierung zu unterhandeln; er wolle, wofern ihm diese eine Pension aussetze, einwilligen, Algerien zu verlassen und sich nach Mekka zurückzuziehen.

Großbritannien und Irland.

London den 2. Jan. Ihre Majestät die Königin ließ am gestrigen Neujahrstage an die Armen von Windsor Brod und Fleisch austheilen und wohnte, in Begleitung ihres Gemahls, mit dem ganzen Hofstaate dieser Vertheilung in der Reitschule selbst bei.

Seine Königl Hoheit der Herzog von Bordeaux ist am 30. v. M. in Plymouth angekommen.

Der Globe bringt folgende, wenn wahr, höchst wichtige Nachricht: Die Entlassung des Lord de Gray als Lordlieutenant von Irland soll von dem Kabinet beschlossen worden sein. Die Nothwendigkeit einer herzlicheren Vereinigung, einer vollkommneren Uebereinstimmung in den Ansichten, einer konsequenteren Entschiedenheit im Wollen und Handeln, als die jetzige Exekutive in Irland charakterisirt haben, ist seit langem erkannt und gefühlt worden; auf diese Weise soll Vertrauen zur Regierung erzeugt und erhalten werden. Die Abberufung des Lord de Gray wird wohl erst zu Anfang des nächsten Frühjahrs stattfinden, aber daß sie beschlossen worden ist, scheint, wie man uns aus völlig glaubwürdiger Quelle versichert, ausgemacht. Der Herzog von Richmond wird als der neue Vice-König bezeichnet.

Der Corker Examiner spricht von einer geheimen Association, ähnlich jener, welche 1598 unter dem Namen Paddy M'Kewism, so beklagenswerthe, schreckliche Folgen hatte, und die sich nach seiner Angabe wieder im Lande zeige. Ein auf der Post aufgefangener Brief soll die Verschwörung entdeckt haben und ein Regierungsbeamter darein verwickelt seyn. (?)

Spanien.

Madrid den 26. Decbr. Die Ernennung des Herrn Martinez de la Rosa zum Botschafter in Paris scheint entschieden ausgemacht zu sein; es wiederholt sich aber das Gerücht, er habe den Posten nur unter der Bedingung angenommen, daß zuvörderst eine Aenderung im Cabinet vor sich gehe. Die Minister Carrasco und Mazaredo sind geneigt, das Cabinet (mit Ausschluß Bravo's) zu reconstituiren, aber Narvaez ist dagegen.

Aus Figueras vom 28. Decbr. wird geschrieben, daß die Capitulations-Unterhandlungen abermals abgebrochen wurden. General de Meer war vor dem Fort angekommen.

Madrid den 28. Dec. In beiden Kammern wurde gestern ein Königl. Dekret verlesen, kraft dessen die Sitzungen der Cortes suspendirt werden. Diese Maßregel hat allgemeine Ueberraschung erregt und Niemand weiß sich von den Gründen Rechenschaft zu geben, welche die Regierung veranlaßten, sich der Mitwirkung der Nationalvertretung gerade zu einer Zeit zu berauben, da sie

mehrere wichtige Gesetze, über welche die Entscheidung der Cortes noch nicht erfolgt ist, zur Anwendung zu bringen beabsichtigte. Auch die Frage, ob der nach Portugal entwichene Olozaga in Anklagestand versetzt werden solle, bleibt nun für jetzt unentschieden, und auf diese Weise sieht sich die Kommission des Kongresses, welche über diesen Gegenstand zu berichten hatte, aus einer großen Verlegenheit gezogen. Die Majorität dieser Kommission, aus entschiedenen Progressisten, den Herren Lopez, Cortina und Madoz bestehend, wünscht nämlich der Anklage vorzubeugen, und kann doch nicht unberücksichtigt lassen, daß Olozaga selbst im Kongresse darauf bestand, in Anklagezustand versetzt zu werden. Vermuthlich fühlen die jugendkräftigen Minister, welche das junge Spanien vertreten, sich stark genug, um ohne Mitwirkung der Cortes zu regieren, und befürchten auf der anderen Seite, durch die vielen von der Oppositionspartei im Kongreß angekündigten Interpellationen sich in Verlegenheit gesetzt und in ihrer Thätigeit gehemmt zu sehen. Die Deputirten der rechten Seite und des Centrums halten heute in der Wohnung des Herrn Carriquiri eine Versammlung. Offenbar hegen sie die Besorgniß, daß die Suspendirung der Sitzungen auf lange Zeit ausgedehnt und mit einer Auflösung der Cortes geschlossen werden möchte. Die Gaceta giebt heute das traurige Bild der Aufregung und Verwirrung, welches der Kongreß in seinen letzten Sitzungen dargeboten hätte, als Veranlassung der Suspendirung derselben an, indem die Regierung hoffe, daß mit der Zeit die erhitzten Gemüther sich abkühlen und zur Besinnung kommen würden. Erst vorgestern ernannten die Minister mehrere Senatoren für die Provinz Barcelona, unter ihnen den Marquis von Miraflores.

Es hat sich hier die Nachricht verbreitet, der Päpstliche Internuntius am Portugiesischen Hofe, Monsignor Cappaccini, habe den Auftrag erhalten, sich hierher zu begeben.

Mit großem Antheil hat man hier das unglückliche Ende des in Deutschland im Zweikampf erschossenen Herrn Sarachaga, dessen Wittwe, eine geborne Fürstin Labanoff, sich hier befindet, vernommen. Herr Sarachaga hielt sich, in Begleitung seines Freundes, des gleichfalls im Duell gebliebenen Herrn von Göler, im vergangenen Winter längere Zeit hier auf, und Letzterer, der sich dem damaligen Regenten vorstellen ließ, machte sich auch den Spanischen Offizieren, wenn gleich ohne Blutvergießen, als Waffenkundiger bemerkbar.

Paris den 4. Januar. Die Suspension der Cortes wird hier in Paris auch von den Freunden der Spanischen Regierung gemißbilligt, um so mehr, als man überzeugt ist, daß die Majorität dem Ministerium auf jeden Fall bis ans Ende treu geblieben sein würde.

Niederlande.

Delft den 2. Jan. (Amsterd. Handelsbl.) Heute um zwölf Uhr Mittags trafen die sterblichen Ueberreste des Königs Wilhelm Friedrich, Grafen von Nassau, von Rotterdam hier ein und wurden von Sr. Majestät dem Könige und den Königlichen Prinzen an der neuen Brücke außerhalb der Stadt empfangen und in der durch das Programm vorgeschriebenen Weise in dem Königlichen Familien-Begräbnisse in der neuen Kirche beigesetzt.

Türkei.

Konstantinopel den 20. Decbr. Gut unterrichtete Personen wollen wissen, daß Herr de Bourqueney baldigst von seinem Hof an die Stelle des Grafen Pontois zum wirklichen Gesandten Frankreichs bei der hohen Pforte ernannt werden dürfte. Man schreibt dies hauptsächlich Sir Stratford Canning zu, welcher mit Hrn. de Bourqueney viel mehr sympathisire als mit dem Grafen Pontois, und sich deßhalb an Lord Aberdeen gewendet habe, der bei dem Königl. Besuch auf dem Schlosse Eu hierüber mit Hrn. Guizot Rücksprache genommen und von ihm das bezügliche Versprechen erhalten habe. Allein nebst der persönlichen Zuneigung und Harmonie, welche zwischen beiden Diplomaten herrscht, haben auch die beiden von ihren resp. Höfen in neuester Zeit gegebenen amtlichen Instruktionen sie noch in politischer Hinsicht auf das Innigste genähert. Das enge Anschließen Frankreichs an England mag wohl weniger in dem Besuche der Königin Victoria in Eu zu suchen sein, als vielmehr in den neuesten Begebenheiten in Griechenland und im Oriente, welche beide Staaten auf die sich immer deutlicher aussprechenden Tendenzen Rußlands aufmerksam machten und sie zur Ueberzeugung brachten, daß beider Heil und zugleich das Europa's auf ihrer Harmonie und ihrem Zusammenwirken beruhe. Wenn das Verhängniß des Orients in seinem jetzt immer rascher werdenden Gange noch aufzuhalten ist, so ist dieß nach unserer Meinung nur eben durch jene aufrichtige Verbindung Englands und Frankreichs möglich. Nur Beider Unterstützung wird es vermögen, den durch die Serbischen Ereignisse gebrochenen Muth der Pforte wieder neu zu beleben und die Todesmüde zum frischen Kampf um ihre Existenz anzuspornen, und allen verderblichen Einflüsterungen durch ihre freundschaftlichen, uneigennützigen Rathschläge den Eingang in ihr Gemüth zu versperren.

Griechenland.

Athen den 21. Dec. (A. Z.) Das hier erscheinende Aeon meldet in seiner heutigen Nummer, daß Lord Aberdeen dem Gesandten Englands bei

König Otto eine vom 29. November datirte Depesche übersandt habe, welche sich auf die Lage Griechenlands und die Arbeiten der National-Versammlung beziehe und deren Inhalt im Wesentlichen folgendermaßen laute:

„Die finanzielle Lage Griechenlands veranlaßte im letzten April die Vereinigung der Konferenzen in London, von welcher vier Protokolle ausgegangen sind. Während der Verhandlungen haben die drei Mächte in Einverständniß und völliger Uebereinstimmung der Ansichten gehandelt. Da dem Repräsentanten von Rußland die erforderlichen Vollmachten fehlten, um diese Protokolle definitiv zu genehmigen, konnten diese nicht publizirt, mußten vielmehr nach St. Petersburg geschickt werden, um die Unterschrift des Kaisers zu erhalten. Nach den Ereignissen des 3. September ward Fürst von Oettingen-Wallerstein von Sr. Majestät dem König von Bayern beauftragt, der Konferenz in London eine Note zu überbringen und sich insbesondere mit den Höfen von Paris und London hinsichtlich der Interessen Griechenlands zu verständigen. Nach dieser Note schien der König von Bayern entschlossen, die in Griechenland angenommene Repräsentativ-Regierung anzuerkennen, weil König Otto seinem Königlichen Vater am 25. September geschrieben hatte, daß die constitutionellen Institutionen in diesem Lande nicht allein nützlich, sondern auch nothwendig wären. König Ludwig drückte den Wunsch aus, daß die Mächte dazu beitragen möchten, daß die Rechte des Thrones geachtet und die zu begründende Regierung stark werde. Die Regierungen von England und Frankreich haben in Uebereinstimmung beschlossen ihren Repräsentanten in Griechenland spezielle Instructionen zu ertheilen in Betreff der Verhältnisse, in welchen sich das Königreich gegenwärtig befindet, besonders in Bezug auf die Arbeiten der National-Versammlung. Sir Edm. Lyons ist angewiesen worden, dieselben als Rathschläge mitzutheilen, damit sie nicht wie ein Eingriff in die Würde des Thrones und der Nation betrachtet werden könnten. Frankreich wird seinem Repräsentanten noch detaillirtere Instructionen ertheilen."

Lord Aberdeen fügt noch hinzu: „Sie werden der Regierung, den Kommandanten und den einflußreichsten Mitgliedern der National-Versammlung die hier folgenden Grundzüge vorlegen, auf welchen die constitutionelle Monarchie basirt sein muß, wenn sie die Kraft haben will, das Land auf die Wege des Fortschritts und des Gedeihens zu lenken. Die Person des Königs ist unverletzlich. Der König ernennt alle Civil- und Militair-Beamten. Die National-Vertretung bildet zwei Kammern; die eine wird vom Volke erwählt, wobei das Eigenthum zur Basis des Wahlrechts genommen wird; die Mitglieder der anderen werden als erbliche Repräsentanten oder auf Lebenszeit vom König ernannt. Die Kammern treten alljährlich zusammmen. Sie votiren die Steuern und die Ausgaben des Staats. Der König hat das Recht Gesetze vorzuschlagen und an deren Redaction Theil zu nehmen. Das Recht, Ausgaben vorzuschlagen, kommt nur der Regierung zu."

Vermischte Nachrichten.

Postangelegenheiten. (Eingesandt.)

Posen. — Wie wir vernehmen, hat die hiesige Bürgerschaft der Ober-Post-Behörde in Berlin ein, durch die Königl. Regierung unterstütztes Gesuch wegen Verbesserung des Postenlaufs zwischen hier und Berlin eingereicht. — Wir können diesen Schritt nur freudig begrüßen, da genannte Ober-Postbehörde wiederholt bewiesen hat, wie gern sie billigen Wünschen des Publikums entspricht.

Jedem Correspondenten in Posen war der bisherige Uebelstand, auf einen heut zur Post gegebenen Brief erst am vierten Tage aus der Residenz, die innerhalb 24 Stunden zu erreichen ist, Antwort erhalten zu können, sehr drückend.

Ob das Bedürfniß eines vermehrten, statt eines veränderten Postenlaufs, auf dieser Straße vorhanden ist, werden die betreffenden Postbehörden allein am besten beurtheilen können.

Wir glauben dagegen bei dieser Angelegenheit noch einen zweiten Uebelstand hervorheben zu müssen. In allen uns bekannten Provinzial-Hauptstädten ist nämlich der Postenlauf mit vorzugsweiser Berücksichtigung dieser Städte eingerichtet, so daß namentlich auch dem reisenden Publikum derselben die Bequemlichkeit geboten ist, seine Reisen des Morgens oder am Abend anzutreten. Hier ist es leider anders! Die meisten Posten gehen des Abends (vielleicht wegen der späten Ankunft der Berliner Post?) von Posen ab oder gar in der Mitternachtsstunde. — Unsere größtentheils noch überaus schlechten Wege haben nun eine Verspätung der Posten, mitunter um 6 Stunden, zur Folge, und das des Abends zur Post bestellte reisende Publikum ist genöthigt, daselbst nicht nur die Zeit bis Mitternacht, sondern meisthin die ganze Nacht zuzubringen. — Wer die Annehmlichkeiten einer Nacht in der Passagierstube kennen gelernt hat, leistet für die Folge gern darauf Verzicht. — Wir hoffen deshalb, daß die wohlwollende Postbehörde die nicht unbedeutende hiesige Einwohnerschaft auch von diesen unbequemen Verhältnissen befreien und mit der bevorstehenden Aenderung der Abgangszeit der Berliner Post auch die der übrigen, wenigstens der Haupt-Posten, vornehmen werde.

Berlin. — Nach dem so eben erschienenen amtlichen Verzeichniß des Personals der Studirenden auf der hiesigen Königlichen Friedrichs-Wilhelms-Universität beträgt die Zahl der für das laufende Halbjahr immatrikulirten Studireden 1656, und zwar in der theologischen Fakultät 343 (94 Ausländer), in der juristischen 550 (156 Ausländer), in der medizinischen 320 (100 Ausländer) und in der philosophischen 443 (157 Ausländer.) Außerdem sind noch 437 Chirurgen, Pharmaceuten, Eleven des Friedrich-Wilhelm-Instituts und der medizinisch-chirurgischen-Militair-Akademie 2c. zum Hören der Vorlesungen berechtigt, so daß an diesen im Ganzen 2092 Theil genommen haben.

Stadttheater zu Posen.

Donnerstag den 10. Januar: Gastdarstellung der Mad. Janik, Großherzogl. Badischen Hof-Opernsängerin. Zum Letztenmale; Des Teufels Antheil, komische Oper in 3 Akten von Auber. (Carlo Broschi: Madame Janik)

Freitag den 11. Januar: Hinko, oder: Der König und der Freiknecht, Schauspiel in 6 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Donnerstag den 18. Januar: Letzte Vorstellung.

Bekanntmachung.

Durch das Erkenntniß des unterzeichneten Ober-Landesgerichts vom heutigen Tage ist der Eigenthümer Daniel Fischer zu Cichagóra für einen Verschwender erklärt worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, damit Niemand demselben ferner Kredit ertheile.

Posen, den 6. December 1843.

Königliches Oberlandes-Gericht.
I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf
zur Auflösung der Gemeinschaft.

Ober-Landesgericht zu Bromberg.

Das im Gnesener Kreise belegene adeliche Gut Popowo Tomkowo P. 20., gerichtlich abgeschätzt auf 15,672 Rthlr. 12 Sgr. 9 Pf., inclusive des auf 2674 Rthlr. 1 Sgr. 11 Pf. gewürdigten Forstes, soll

am 19ten Juni 1844 Vormittags
um 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Taxe, Hypothekenschein und Kaufbedingungen können in der Registratur eingesehen werden.

Die ihrem Aufenthalt nach unbekannten Joseph von Ubyszschen Erben werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Bromberg, den 14. November 1843.

Montag den 14ten Januar wird das Konzert des Violoncellisten Samuel Kossowski im Saale des Bazar stattfinden.

In der Destillation, alten Markt No. 31., wird ein Lehrling gesucht.

Mein Lager Türkischer und Asiatischer Manufaktur-Waaren empfehle ich dem Wohlwollen des geehrten Publikums.

Paul Georgiewitz aus Konstantinopel,
im Bazar.

In meinem Hause Wilhelmsstraße No. 24. ist von Ostern ab die Parterre-Wohnung, bestehend aus 5 heizbaren Zimmern, einer Küche, Wagenremise und Stallungen, zu vermiethen.

Moses Mendelsohn,
Neuestraße No. 3.

Donnerstag den 11ten Januar frische Wurst und Sauerkohl, wozu ergebenst einladet

Wwe. Krätschmann, Halbdorf-Str. No. 1.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel.

Den 8. Januar 1844.	Zins-Fuss.	Preus. Cour. Brief.	Preus. Cour. Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$102\frac{3}{4}$	—
Preuss. Engl. Obligat. 1830 . .	4	$102\frac{3}{4}$	—
Präm.-Scheine d. Seehandlung .	—	$90\frac{1}{2}$	90
Kurm. u. Neum. Schuldverschr.	$3\frac{1}{2}$	101	—
Berliner Stadt-Obligationen . .	$3\frac{1}{2}$	102	—
Danz. dito v. in T.	—	48	—
Westpreussische Pfandbriefe . .	$3\frac{1}{2}$	101	—
Grossherz. Posensche Pfandbr. .	4	$105\frac{3}{4}$	$105\frac{1}{4}$
dito dito dito . .	$3\frac{1}{2}$	$100\frac{5}{8}$	$100\frac{1}{8}$
Ostpreussische dito . .	$3\frac{1}{2}$	—	$103\frac{3}{4}$
Pommersche dito . .	$3\frac{1}{2}$	$101\frac{7}{8}$	—
Kur- u. Neumärkische dito . .	$3\frac{1}{2}$	102	—
Schlesische dito . .	$3\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{4}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Thlr.	—	$12\frac{1}{6}$	$11\frac{2}{3}$
Disconto	—	3	4
Actien.			
Berl. Potsd. Eisenbahn	5	—	160
dto. dto. Prior. Oblig. . . .	4	104	$103\frac{1}{2}$
Magd. Leipz. Eisenbahn	—	185	—
dto. dto. Prior. Oblig. . .	4	104	$103\frac{1}{2}$
Berl. Anh. Eisenbahn	—	$145\frac{3}{4}$	$144\frac{3}{4}$
dto. dto. Prior. Oblig. . . .	4	$104\frac{1}{4}$	$103\frac{3}{4}$
Düss. Elb. Eisenbahn	5	—	74
dto. dto. Prior. Oblig.	4	$96\frac{3}{4}$	$96\frac{1}{4}$
Rhein. Eisenbahn	5	$72\frac{1}{2}$	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	$97\frac{1}{4}$	—
Berlin-Frankfurter Eisenbahn .	5	—	—
dito. dito. Prior. Oblig.	4	$104\frac{1}{4}$	$103\frac{3}{4}$
Ob.- Schles. Eisenbahn	4	$116\frac{1}{4}$	—
do do. do. Litt. B. v. eingez.	—	$110\frac{1}{2}$	$109\frac{1}{2}$
Brl.-Stet. E. Lt. A, und B. . . .	—	$119\frac{1}{2}$	$118\frac{1}{2}$
Magdeb.-Halberstädter Eisenb.	4	$117\frac{3}{4}$	—
Bresl.-Schweid.-Freibg.-Eisenb.	4	$117\frac{1}{2}$	$116\frac{1}{2}$

Getreide-Marktpreise von Posen,

den 8. Januar 1844. (Der Scheffel Preuß.)	Preis von Rtl.	Preis von Sgr.	Preis von Pf.	Preis bis Rtl.	Preis bis Sgr.	Preis bis Pf.
Weizen d. Schfl. zu 16 Mtz.	1	23	—	1	23	6
Roggen dito	1	6	—	1	6	6
Gerste	—	25	—	—	25	6
Hafer.	—	17	—	—	17	6
Buchweizen	1	5	—	1	5	6
Erbsen	1	2	6	1	5	—
Kartoffeln	—	9	—	—	10	—
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	23	—	—	25	—
Stroh, Schock zu 1200 Pf.	5	5	—	5	10	—
Butter, das Faß zu 8 Pfd.	1	25	—	1	26	—